



Michael Bienert: Wie demokratisch muss es aussehen? Die SED und die Inszenierung der „Volkswahlen“ 1950 in der DDR.

In: Susanne Muhle, Hedwig Richter und Juliane Schütterle (Hg.): Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch.
Berlin: Metropol 2008, S. 19 – 28.

Wie demokratisch muss es aussehen?

Die SED und die Inszenierung der „Volkswahlen“ 1950 in der DDR

Die Genossen konnten zufrieden sein. Als sich in den Abendstunden des 15. Oktober 1950 abzeichnete, dass die Wahlen zur Volkskammer, zu den Land- und Kreistagen sowie den Gemeindevertretungen in der DDR weitgehend reibungslos verlaufen waren, atmete die SED-Führung auf. Trotz ernster Befürchtungen war es während des Urnengangs kaum zu größeren Zwischenfällen gekommen. Die Anstrengungen des Staats- und Parteiapparates, der seit Monaten auf diesen Termin hingearbeitet hatte, bewährten sich im großen Maßstab. Mit 99,72 Prozent der abgegebenen Stimmen billigten die Wähler laut amtlichem Endergebnis die ihnen vorgelegte Einheitsliste mit den Kandidaten für die Volksvertretungen – bei einer angeblichen Wahlbeteiligung von über 98 Prozent. Aus Sicht der Parteispitze ein nahezu perfektes Resultat. Dass diese Zahlen auf massiven Wahlmanipulationen und Fälschungen beruhten, war zwar offensichtlich, kümmerte die Machthaber indes wenig. Vielmehr nutzte das SED-Regime den Ausgang der Wahlen, um sich selbst den Anschein der Legitimität zu verleihen. Zugleich gab die Führung in Ost-Berlin sowohl der eigenen Bevölkerung als auch dem Westen deutlich zu verstehen, dass sie fest entschlossen sei, sich weder einem freien Wettbewerb der Parteien zu stellen noch gar abwählen zu lassen.¹

1 Vgl. Jochen Laufer, Die SED und Wahlen (1948–1950), in: Elke Scherstjanoi (Hrsg.), „Provisorium für längstens ein Jahr“. Protokoll des Kolloquiums „Die Gründung der DDR“, Berlin 1993, S. 101–124, hier S. 124. Siehe auch ders., Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen bei den ersten Wahlen in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/91, 25. Januar 1991, S. 17–41.

Kaum ein Sujet zeigt die große Diskrepanz, die zwischen dem propagierten Anspruch und der ernüchternden Wirklichkeit im politischen Leben der DDR herrschte, so eklatant wie die Frage der Stimmabgabe. Die 40-jährige Geschichte der DDR stellt sich als eine Geschichte von Wahlen oder besser: von Scheinwahlen dar, die in regelmäßiger Folge auf gesamtstaatlicher, bezirklicher und kommunaler Ebene abgehalten wurden. Bei jeder Gelegenheit berief sich die Staatsführung auf diese Abstimmungen, um den „echt demokratischen“ Charakter des Arbeiter-und-Bauern-Staates hervorzukehren. Die Wahlen wurden mit einem enormen Aufwand inszeniert, um neben der Herrschaftslegitimation das Bewusstsein der Bevölkerung auf die aktuellen Fragen im Sinne der SED-Oberen zu lenken. Sie kamen einem politischen Ritual gleich, das im Staatskalender der DDR höchste Priorität genoss.

Das Feld der Wahlen und der Wahlpraxis in der DDR bietet einen fruchtbaren Zugang zum Verständnis der SED-Diktatur. So werfen die Mittel und Wege der Inszenierung einerseits und die vielfältigen Kontrollmechanismen zum Erreichen der gewünschten Resultate andererseits ein bezeichnendes Licht auf die Herrschaftsmethoden und -techniken des Regimes. Mit den „Volkswahlen“ von 1950 wurde das Prinzip der Einheitslisten für die Volksvertretungen erstmals erfolgreich umgesetzt. Dahinter verbarg sich eine vorherige Verteilung der Mandate nach einem festgelegten Schlüssel, der den Einheitssozialisten die absolute Mehrheit garantierte. Die Wahlen von 1950 können als Musterfall für das Wahlsystem in der DDR angesehen werden, wie es bis zu den einzigen freien Volkskammerwahlen am 18. März 1990 bestand.

Die Furcht vor freien Wahlen

Die Erfahrungen, die die kommunistische Bewegung in Deutschland nach 1945 mit dem Prinzip freier Wahlen sammelte, waren denkbar schlecht. gelang es ihr aus verschiedenen Gründen nicht, in Westdeutschland Fuß zu fassen, konnten auch die Wahlergebnisse in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) trotz der überaus günstigen Rahmenbedingungen wenig überzeugen. Die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) hatte sich in ihrem ersten Aufruf nach Kriegsende für die Schaffung „einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten



„Volkswahlen“ in der DDR. Stimmabgabe in einem Wahllokal in Falkensee bei Berlin, 15. Oktober 1950.

Quelle: Bundesarchiv, SAPMO, Bild Y 3 – 1054-00

und Freiheiten für das Volk“ ausgesprochen, was das Recht auf allgemeine, gleiche und geheime Wahlen mit einbezog.² Allerdings hielt das Interesse der Partei an solchen Forderungen nur so lange an, wie sie mit dem eigenen Führungsanspruch und ihren Zielvorstellungen vereinbar schienen. Walter Ulbrichts viel zitierte Devise „Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“³ war entlarvend. Das Verhältnis der KPD/SED zu den anderen Parteien sowie zur Wahlproblematik wurde durch die Lehren aus der kommunistischen Bündnistheorie geprägt, nach denen die taktische Zusammenarbeit mit „fortschrittlich“ gesinnten Kräften in einer Phase des Übergangs zur sozialistischen Gesellschaftsordnung ratsam sei. Gleichfalls spielte das Vorbild des politischen Systems in der Sowjetunion eine wichtige Rolle.

- 2 Aufruf des Zentralkomitees der KPD an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945, in: Deutsche Volkszeitung vom 13. Juni 1945, S. 1.
- 3 Wolfgang Leonhard, Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln u. a. 1955, S. 358.

Die zunächst gehegte Zuversicht, dass die Deutschen nach den Erfahrungen mit der Weimarer Republik und der NS-Diktatur bereitwillig den Weg in den Sozialismus unterstützen würden, zerbrach im Laufe des Jahres 1946. Bereits der Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni 1946, der intern von der SED als Stimmungstest gewertet worden war, fand nur mäßige Unterstützung. Weitaus dramatischer waren die Ergebnisse bei den Wahlen zu den Gemeindevertretungen im September sowie bei den Landtags- und Kreistagswahlen im Oktober. Trotz massiver Eingriffe der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) in den Wahlkampf gelang es der Partei nicht, den entscheidenden Sieg einzufahren. Stattdessen fielen die Mehrheiten in den Landtagen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreis- und Gemeindevertretungen äußerst knapp aus. In den Landesparlamenten von Brandenburg und Sachsen-Anhalt musste sich die SED sogar den Christdemokraten und Liberalen geschlagen geben. Zwar gelang es der Einheitspartei mit Unterstützung der SMAD, die eigene Vormachtstellung weiter auszubauen, politische Opponenten auszuschalten und mittels der Blockpolitik die Bedeutung der Volksvertretungen auszuhöhlen. Infolge der Einsicht aus dem „Wahljahr“ 1946, nicht mehrheitsfähig zu sein, lastete aber fortan die Furcht vor einem Machtverlust auf der Partei.⁴

Die Durchsetzung der Einheitsliste

Für die SED-Führung wurde in der Wahlfrage nun die Zeit zu einem wichtigen Faktor. Konnte sie auf regulärem Wege keine Mehrheiten erlangen, so musste Zeit gewonnen werden, um das „volksdemokratische“ Modell in der SBZ durchzusetzen. Je stärker die SED ihre Position ausbauen konnte und die Sowjetisierung in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft vorantrieb, desto klarer

4 Vgl. dazu Günter Braun, Die Wahlen in der SBZ im Herbst 1946, in: Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950 (= Mannheimer Untersuchungen zu Politik und Geschichte der DDR), Köln 1982, S. 545–562; Stefan Creuzberger, Parlamentarische Demokratie nach „westlichen Maßstäben“? Die sowjetische Militäradministration und die Ausschaltung von Parlaments- und Regierungsstrukturen in der SBZ, 1946–1948/49, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 32 (2000) 1, S. 39–50.

wurde die Machtfrage für sie entschieden. Die Verschiebung der Kommunalwahlen, die eigentlich für den September 1948 anstanden, war dabei ein wichtiger Schritt. Auch in den fünf Landesparlamenten der SBZ, deren Verfassungen eine Legislaturperiode von drei Jahren vorsahen, schaffte es die SED unter vorgeschobenen Gründen, die Wahlen bis 1950 auszusetzen. Was die wahren Motive für dieses Vorgehen anbelangte, geben die Aufzeichnungen Wilhelm Piecks einigen Aufschluss. So notierte er im September 1949, dass die gegenwärtige Lage nicht günstig für die Durchführung von Wahlen sei: „Es muss die demokratische Ordnung unserer Zone noch mehr verstärkt und die wirtschaftlichen Verbesserungen auf Grund der Durchführung des Wirtschaftsplanes müssen noch gesteigert werden.“⁵ Pieck schwebte vor, die Frage bis ins Frühjahr 1950 hinauszuzögern und dann mit den anderen Parteien über einen Termin im Oktober oder November zu verhandeln. Seine Notizen belegen, dass sich die SED-Spitze bereits vor der Gründung der DDR mit dem Gedanken trug, die kommenden Wahlen nach Einheitslisten durchzuführen.

Mit Hilfe einer mehrgleisigen Strategie gelang es den Einheitssozialisten, die Zustimmung der „bürgerlichen“ Parteien CDU und LDP für die eigenen Vorstellungen zu erreichen. Nach außen hin trat man für freie Wahlen ein oder flüchtete sich in vage Formulierungen. Auf diese Weise täuschte die SED die Öffentlichkeit bis in den Mai 1950 hinein über ihre wahren Absichten. Zugleich verstärkte sie ihr Vorgehen gegen die Opposition in den „bürgerlichen“ Parteien. Die bewährte Taktik, „reaktionäre Elemente“ in CDU und LDP unter Druck zu setzen und die „fortschrittlichen Kräfte“, die den Kurs der SED akzeptierten, zu stärken, um damit die Parteien von innen heraus zu spalten, erfuhr im Winter 1949/50 einen Höhepunkt. Groß angelegte Säuberungen führten zur Ausschaltung, Verhaftung oder Flucht missliebiger Politiker. Christdemokraten und Liberale waren viel zu sehr mit den eigenen Krisen beschäftigt, als dass sie der SED ernsthaft Widerstand entgegengebracht hätten. Hinzu kam die falsche Annahme bei der CDU- und LDP-Führung, dass sie bei den nächsten Wahlen mit satten Mehrheiten rechnen könnten. Denn die Stimmung in der Bevölkerung sprach für sie: Es herrschte tiefes Misstrauen gegenüber den kommu-

5 Wilhelm Pieck, Zur Einleitung einer Besprechung mit dem Politbüro der KPdSU während der Reise nach Moskau [17. September 1949], in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 297–302, hier S. 300.

nistischen Absichten. Die SED war als „Russenpartei“ verschrien, der man die schlechte Versorgungs- und Wirtschaftslage anlastete. Die Angst vor weiteren Enteignungen und einer Kollektivierung der Landwirtschaft grassierte. Das Vorgehen der Einheitspartei gegen die Kirchen sowie die von ihr vertretene vorbehaltlose Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze stießen auf breite Ablehnung. Für die CDU und die LDP waren das genug Gründe, um den Wahlen einigermaßen gelassen entgegenzusehen. Das stellte sich allerdings als eine fatale Verkenning der Tatsachen heraus.

Im Frühjahr 1950 war die politische Gleichschaltung der „bürgerlichen“ Parteien in den entscheidenden Positionen abgeschlossen, Widerstände waren kaum noch zu erwarten. Unter Leitung der SED einigten sich sämtliche Parteivorsitzenden am 28. März 1950 darauf, „dass die Oktoberwahlen auf Grund gemeinsamer Listen der Parteien und Organisationen durchgeführt werden müssen, um den Erfolg dieser Wahlen für die demokratische Einheit Deutschlands und den Frieden zu sichern und nicht durch eine parteiegoistische Agitation für gesonderte Parteilisten zu schwächen“.⁶ Die Formulierung „gemeinsame Listen“ bedeutete zwar noch nicht zwangsläufig die Einheitsliste, lief aber darauf hinaus. Als gemeinsame organisatorische Plattform für den Wahlkampf bestimmte man die „Nationale Front des demokratischen Deutschland“, einen Zusammenschluss sämtlicher Parteien und Massenorganisationen, der sich fest in der Hand der SED befand.

Der gelenkte Wahlkampf

Bereits im Februar 1950 begann die SED mit den Vorbereitungen für die Wahlkampagne. Dabei wurde nichts dem Zufall überlassen. Die Parteiführung strebte ein 100-prozentiges Wahlergebnis an, das sowohl nach außen als auch nach innen ein deutliches Signal setzen und die Umformung der Gesellschaft vorantreiben sollte. In den Richtlinien des Politbüros vom 16. Mai hieß es dazu: „Aufgabe der Partei ist es, gemeinsam mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen die Bevöl-

6 Zusätzliche Stellungnahme der Parteivorsitzenden zur Blockerklärung über die Vorbereitung der Oktober-Wahlen vom 28. März 1950, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/13/316, Bl. 59.

kerung zu überzeugen, ihre Stimme für das gemeinsame Wahlprogramm und die Kandidatenlisten [...] abzugeben und sich offen und uneingeschränkt zur Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu bekennen. Es muss um die demokratische Überzeugung jedes Bürgers [...] gerungen werden.“ Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein „schonungsloser Kampf“ gegen die oppositionellen Kräfte angemahnt. Es gelte, den Feind „politisch zu entlarven, völlig zu isolieren und zu schlagen“.⁷

In der Sache war diese Strategie nicht neu. Das Ausmaß, mit der sie in den kommenden Monaten bis zum Wahltermin am 15. Oktober zur Umsetzung kam, sprengte aber die bislang bekannten Dimensionen. Nach und nach wurde der ganze Staats- und Parteiapparat in den Dienst des Wahlkampfes gestellt. In der Republik entstand ein Agitatorennetz, das die Mobilisierung der Bevölkerung betreiben sollte. Eine Reihe von Pressekampagnen, Wahlkundgebungen und anderen Veranstaltungen wurde initiiert, bei denen die Bürger über die Ziele der Nationalen Front aufgeklärt werden sollten. Die Sicherheitskräfte stellten ihre Ressourcen in den Dienst des Wahlkampfes. Die Volkspolizei und das neu gegründete Ministerium für Staatssicherheit verstärkten ihr Vorgehen bei der inneren Sicherheit mit dem Ziel, staatsfeindliche Flugblattaktionen zu unterbinden und zu verhindern, dass Wahlwerbung, insbesondere Plakate und Wandzeitungen der Nationalen Front, abgerissen oder beschmiert wurden. Eine Welle von Razzien, Verhaftungen und Verurteilungen überzog das Land, deren prominentestes Opfer der Generalsekretär der LDP, Günther Stempel, wurde. Als einziger führender Politiker seiner Partei sprach sich Stempel gegen das geplante Wahlgesetz aus. Ein sowjetisches Militärtribunal verurteilte ihn daraufhin am 8. August 1950 zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Der Fall Stempel war nur die Spitze des Eisberges.

Die SED-Führung wusste, dass sie mit der Durchsetzung der Einheitslisten sowohl gegen die DDR-Verfassung als auch gegen die Landesverfassungen und die Kreis- und Gemeindeordnungen verstieß, in denen freie und geheime Wahlen ausdrücklich festgeschrieben waren. Die Propaganda bemühte sich deshalb intensiv, den Oktoberwahlen den Anschein von Rechtmäßigkeit zu verleihen. Wortreich verteidigte sie den Wahlmodus als eine demokratische Errungen-

7 Richtlinien für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen 1950. Beschluss des Politbüros vom 16. Mai 1950, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/13/316, Bl. 284–294, hier Bl. 284 f.

schaft. Aber es gab auch subtilere Maßnahmen, um der Bevölkerung den eigenen Willen aufzuzwingen. Eine stammte von Otto Nuschke, dem Ersten Vorsitzenden der CDU und stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, der für den Entwurf der Stimmzettel verantwortlich war. Er schlug vor, dass auf der Einheitsliste die Namen der Kandidaten, von denen ohnehin nur die Spitzenkandidaten aufgeführt wurden – die restlichen Nominierungen waren der Tagespresse zu entnehmen –, hintereinander und nicht untereinander gesetzt werden sollten, um damit dem Wähler die Streichung von Namen auf dem Zettel zu erschweren. Weiterhin wurde anordnet, in den Wahllokalen zwar Kabinen für die geheime Abstimmung aufzustellen, deren Benutzung allerdings durch besondere Vorkehrungen zu unterbinden. Während der Vorberatungen für das Wahlgesetz hatte sich Nuschke wohl dafür eingesetzt, dass es „der Optik nach aussen wegen“ dem Wähler gestattet sein dürfe, Veränderungen auf den Stimmzetteln vorzunehmen.⁸ Es zeigte sich jedoch, dass in den Wahlkabinen Stifte fehlten oder unauffällig entfernt wurden. Man wolle es den Wählern schließlich nicht zu einfach machen, kommentierte ein Wahlstrukteur der SED diese Maßnahme.⁹

Der kontrollierte Wahlgang

Die langwierigen Vorarbeiten zahlten sich aus. Bereits vor der Öffnung der Wahllokale am 15. Oktober bildeten sich lange Warteschlangen. FDJ-Gruppen, Junge Pioniere, Musikkapellen und Sprechchöre zogen durch die Städte und Gemeinden, um die Menschen schon vor dem Aufstehen an den Urnengang zu erinnern. Ganze Belegschaften, Straßen- und Hausgemeinschaften, die öffentliche Verpflichtungen unterschrieben hatten, gingen geschlossen zum Wahllokal. Umrahmt wurde die Abstimmung von Volks- und Kinderfesten. Bereits im Laufe des späten Vormittags trafen bei der zentralen Wahlleitung in Berlin Meldungen ein, dass in den ersten Wahlbezirken eine angeblich vollzählige Beteiligung zu vermelden sei. Da eine Briefwahl nicht vorgesehen war, die SED-Führung aber trotzdem eine Mobilisierung sämtlicher Wahlberech-

8 Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks vom 2. August 1950, SAPMO-BArch, DY 3, Akte 11, Bl. 2–9, hier Bl. 9.

9 Stimmungsbericht über die Durchführung der Volkswahlen im Lande Mecklenburg vom 19. Oktober 1950, BArchB, DO 1, Akte 8585, o. Bl.

tigter angeordnet hatte, wurde die Idee der „fliegenden Wahllokale“ entwickelt: Um noch die letzte Stimme zu erhalten, begaben sich die Wahlvorstände der jeweiligen Wahlbezirke in die Krankenhäuser und Privatwohnungen, damit auch die Bettlägerigen ihr Votum abgeben konnten.

Obwohl auf den Stimmzetteln keine Möglichkeit bestand, ein „Ja“ oder „Nein“ anzukreuzen, sondern es nur darum ging, die Namensliste gefaltet in die Urne zu werfen, fanden sich dennoch verschiedene Wege des Protestes. Westdeutsche Medien berichteten, dass in den ländlichen Regionen der DDR am Wahltag die Gottesdienste außerordentlich stark besucht worden seien. In vielen Wahllokalen wurde das Ziel einer öffentlichen Abstimmung in dem Augenblick ausgehebelt, wenn einer der Anwesenden den Mut aufbrachte, aus der Reihe herauszutreten und von seinem Recht Gebrauch machte, die Wahlkabine zu nutzen. Meistens schlossen sich ihm dann weitere Wähler an. Was in den Kabinen geschah, entzog sich der Kontrolle. Hier bot sich die Möglichkeit, dem Ärger über die Politik in der DDR Luft zu verschaffen. Im Nachgang bemühte sich die Staatsmacht darum, die Urheber von Gegenstimmen ausfindig zu machen, ihre Erfolge fielen aber mager aus. Dass es trotz der Rahmenbedingungen viele Gegenstimmen gab und Wahlzettel bewusst ungültig gemacht wurden, ist zweifelsfrei belegt. Eine andere Art, seinen Unmut kundzutun, bestand im Wahlboykott. Obgleich es in der DDR offiziell keine Wahlpflicht gab, sah die Staatsmacht für diesen Fall „Schlepper“ vor, die von Tür zu Tür gingen, um Säumige zum Wahlgang abzuholen. Gerade in kleineren Orten überlegte man es sich zweimal, der Wahl wirklich fernzubleiben und damit zu riskieren, als „Republikfeind“ durch das Dorf geführt zu werden. Entsprechende Warnungen waren im Vorfeld der Wahlen in den Zeitungen und über den Rundfunk verbreitet worden.

Trotz der nahezu vollständigen Kontrolle über den Verlauf der „Volkswahlen“, die der SED ohnehin ein beachtliches Ergebnis eingebracht hätten, hegte die Führung ein großes Interesse daran, ihren Wahlsieg zu einer totalen Machtdemonstration auszubauen. Aus diesem Grund nahmen die Wahlvorstände, bei denen die Dominanz der SED-Mitglieder unübersehbar war, auf die Auszählung der Stimmen Einfluss. Dabei genügte es ihnen nicht, selbst die ungültigen Zettel, solange sie nicht zerrissen oder mit staatsfeindlichen Bemerkungen beschrieben waren, als Ja-Stimmen zu werten. Wo die Ergebnisse nicht den Erwartungen entsprachen, wurden sie von den Wahlleitungen kurzerhand gefälscht. Doch was bedeutete dieser erzwungene Sieg langfristige für die Staats-

und Parteiführung? Es scheint, als habe die SED der selbst genährten Illusion von einem breiten Rückhalt in der Bevölkerung Glauben geschenkt. Die durchweg positiven bis euphorischen Abschlussberichte aus den Kommunen, Kreisen und Ländern legen diesen Schluss nahe. Dass der Erfolg nur auf harter Repression, Bevormundung und Manipulation beruhte, war eine Schattenseite, die das Regime verdrängte. Mit diesen rigiden Maßnahmen, die bei den „Volks- wahlen“ 1950 erstmals im großen Stil zur Anwendung kamen, zeichneten sich Kontinuitäten ab, die bis in die achtziger Jahre fortbestanden. Sie wurden erst im Zuge der „friedlichen Revolution“ von 1989 abgeschafft.

Die DDR im Blick

Ein zeithistorisches Lesebuch

Herausgeben von

Susanne Muhle, Hedwig Richter und Juliane Schütterle

im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



| METROPOL



ISBN 978-3-940938-04-6

© 2008 Metropol Verlag
Ansbacher Str. 70 · 10777 Berlin
www.metropol-verlag.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck: Aalex Druck, Großburgwedel

Inhalt

Einleitung <i>von Susanne Muhle, Hedwig Richter und Juliane Schütterle</i>	11
Herrschaft im Alltag – Alltag der Herrschaft	17
MICHAEL BIENERT	
Wie demokratisch muss es aussehen? <i>Die SED und die Inszenierung der „Volkswahlen“ 1950 in der DDR</i>	19
MICHAEL PLOENUS	
Zweifelnde Hasen im ideologischen Pfeffer <i>Anmerkungen zum Pflichtstudium des Marxismus-Leninismus, seiner Tiefenwirkung und seinen Verfechtern</i>	29
TILMANN SIEBENEICHNER	
Vom Mythos einer kämpferischen Klasse <i>Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse und „der Schutz der sozialistischen Errungenschaften“</i>	39
JULIANE SCHÜTTERLE	
Die toten Helden der Arbeit <i>Das Grubenunglück auf Schacht 250 im Uranerzbergbau Wismut am 16. Juli 1955</i>	51

Inhalt

RALPH KASCHKA

Oberbaukrise!

*Die SED, die Deutsche Reichsbahn und das Gleisnetz der DDR
in den fünfziger Jahren* 59

MICHAEL HEINZ

Die Geschichte der individuellen Kuh

Private landwirtschaftliche Produktion in der DDR 69

HEDWIG RICHTER

Rechtsunsicherheit als Prinzip

*Die Herrnhuter Brüdergemeine und wie der SED-Staat seine
Untertanen in Schach hielt* 77

DOROTHÉE BORES

„Wenn man ihn kalt stellt und ihn echt isoliert“.

Wolf Biermann als Mitglied des DDR-PEN 87

Aufbrüche und Ausbrüche 97

FABIAN KLABUNDE

Überreden als Strategie

Die Mauer war nicht genug 99

ANDREAS STIRN

Mit dem Rollschinken nach Utopia

*Die „Fritz Heckert“ als sozialistisches Traumschiff und
realsozialistischer Albtraum* 109

ANNA PELKA

Wie der Pop in den Osten kam

Mode in der DDR und in Polen in den sechziger Jahren 119

PETER WURSCI

„Mir ist so langweilig!“

Jugend, Alltag und die sozialistische Provinz 129

ANGELIKA ZAHN

Die Ruine der Dresdner Frauenkirche im Widerstreit
der DDR-Öffentlichkeit

139

DANIEL SCHWANE

Eine Geschichte des Scheiterns im Kalten Krieg

Das „Berliner Wirtschafts-Blatt“ und der West-Ost-Handel 149

Grenzüberschreitungen 157

SUSANNE MUHLE

Mit „Blitz“ und „Donner“ gegen den Klassenfeind

Kriminelle im speziellen Westeinsatz des

Ministeriums für Staatssicherheit 159

SVEN SCHULTZE

Auftrag „Grüne Woche“

Die Landwirtschaftsausstellung als Angelegenheit

deutsch-deutscher Systemkonkurrenz 169

PATRICIA F. ZECKERT

„Eine Versammlung von Sehnsucht“

Die Internationale Leipziger Buchmesse und die Leser in der DDR 179

JENS NIEDERHUT

„... das geistige Symbol der Einheit des deutschen Volkes“

1964 kamen in Weimar Wissenschaftler aus beiden Teilen

Deutschlands zusammen 189

Inhalt

UTA ANDREA BALBIER

„Flaggen, Hymnen und Medaillen“

*Die gesamtdeutsche Olympiamannschaft und die
kulturelle Dimension der Deutschlandpolitik* 201

SUSANNE TIMM

Vorherrschaft statt Solidarität

*Das Kinderheim Bellin für namibische Flüchtlingskinder
von 1979 bis 1990* 211

Reflexionen und Wahrnehmungen 219

JENS HÜTTMANN

So sah die DDR im Jahr 2000 einmal aus

*Mutmaßungen über die Zukunft der SED-Diktatur
in der Bundesrepublik vor 1989* 221

DANIEL FRIEDRICH STURM

Mailand statt Magdeburg

*Viele Westdeutsche zeigten wenig Interesse an der DDR. Von einer
staatlichen Einheit mochte die Politik nicht einmal mehr träumen* 229

KATHLEEN SCHRÖTER

„... reif für eine West-Mission“

Bildende Kunst aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland 239

JAN SCHEUNEMANN

„Laßt die Finger weg von der Parteigeschichte“

*Zur Darstellung der Arbeiterbewegung in den Heimatmuseen
der frühen DDR* 249

CHIARA MARMUGI

Wolf Biermann und sein Meister Brecht 261

Inhalt

UDO GRASHOFF

- Selbsttötung oder durch die Staatssicherheit verschleierter Mord?
Vier Beispiele aus den achtziger Jahren 269

BETTINA GREINER

- Der Preis der Anerkennung
Zur Erinnerungsliteratur über die Speziallagerhaft 281

NINA LEONHARD

- Gewinner und Verlierer der Vereinigung
Berufsbiografische Bilanzen zweier ehemaliger NVA-Offiziere 291

- Essay 301

RALPH JESSEN

- Eine Vorschau auf die Rückschau 303

- Abkürzungsverzeichnis 311

- Register 315

- Danksagung 319

- Die Autorinnen und Autoren 321